

Stadt Geilenkirchen
Herrn Bürgermeister Fiedler
Markt 9
52511 Geilenkirchen

Geilenkirchen, 20.06.2012

**Antrag zur Beratung in der Ratssitzung vom 04.07.2012
Resolution „Bildung statt Betreuungsgeld“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fiedler,

in der Sitzung am 4. Juli 2012 möge der Rat folgende Resolution an die Bundesregierung beschließen:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen bittet die Bundesregierung, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren.

Auch der Städte- und Gemeindebund wird vom Rat der Stadt Geilenkirchen aufgefordert, sich mit einer gleich lautenden Resolution an die Bundesregierung zu wenden.

Begründung:

Die Bundesregierung plant auf Drängen der CSU die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder bis zum Alter von drei Jahren ausschließlich zu Hause zu betreuen und nicht in eine KiTa zu schicken.

Ab 2013 soll eine staatliche monatliche Zuwendung für Kinder im zweiten Lebensjahr in Höhe von 100 Euro und ab 2014 in Höhe von 150 Euro monatlich, dann auch für Kinder im dritten Lebensjahr gezahlt werden.

Schon jetzt ist der Ausbau der KiTa`s und damit der Rechtsanspruch der Eltern finanziell nicht gesichert. Auch kommt noch die nach UN-Konvention nicht mehr aufzuschiebende Aufgabe der Inklusion dazu. Hier brauchen die Kommunen für einen qualitativen Ausbau der Einrichtungen eine größere finanzielle Unterstützung.



Als Konsequenz des Betreuungsgeldes ist zu befürchten, dass viele Mütter länger zu Hause bleiben. Es steht im Widerspruch zu einer auf bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben zielende Politik für Eltern. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen deutlich, dass mit einem Betreuungsgeld Mütter eher zu Hause bleiben.

Zu dieser Einschätzung kommt ebenso die EU-Kommission.

Nach der jüngsten Studie der OECD wirkt sich das Betreuungsgeld auch negativ auf die Integration von Zuwanderinnen aus, weil es sie davon abhält, ihre Kinder in eine KiTa zu schicken.

Unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Umfeld sollen aber allen Kindern gleiche Bildungschancen ermöglicht werden. Die KiTas bieten hierfür die besten Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Förderung, Ein Betreuungsgeld bietet aber gerade bildungsferne und einkommensschwache Eltern einen starken Anreiz, auf einen Kinderbetreuungsplatz zu verzichten.

Der geplante Ausschluss von Eltern, die Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II beziehen, macht deutlich, dass es nicht um eine gesellschaftliche Honorierung von Erziehungsleistung geht, sondern bereits privilegierte Familien zu bedienen.

Vor dem Hintergrund, dass eine Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige ab 2013 nicht als sicher gilt, ist es sinnvoller, dieses Geld in den quantitativen und qualitativen Ausbau frühkindlicher Bildung zu investieren.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Benden